

sie jemand für Liechtenstein fruchtbar gemacht, es wenigstens versucht? Der Kommentar der Basler «National-Zeitung» (12. Oktober 1971) soll für den meinigen stehen: «Da sich damals (Ende 1931) die Verhandlungen des Stifters mit den Basler Behörden über rechtliche Belange der Stiftung — leider — zerschlugen, wurde die Stiftung in Vaduz errichtet. Sicher zum Glück für unsere Stadt und die Regio Basiliensis kam sie vor drei Jahren doch noch nach Basel.»

Kulturelle Ausstrahlung kann zu einem wichtigen Faktor einer Darstellung im Ausland entwickelt werden. Nur ist zu sagen, daß man mit dieser Möglichkeit als Argument nicht allzu freigebig umgehen sollte. Ich möchte keineswegs in eine aktuelle Diskussion eingreifen. Doch scheint mir die Diskussion um die Tibet-Sammlung von Professor Harrer ein typisches Phänomen zu sein: Weshalb nimmt man sich nicht die Basler Aktion beim Kauf der Picasso-Bilder und der Korewori-Sammlung (Neuguinea), letztere mit Spenden von mehr als einer Million Franken, zum Vorbild? Das ist eigentlich erstaunlich. Und damit wollte nur auf eine Lösung hingewiesen werden, die dem Bürger eine vermehrte Identifizierung mit solchen Plänen gestattet. Ohne Information hat er zuweilen Mühe, die Bedeutung dieser Aufwendungen einzusehen. Dies wird erst recht bei den finanziellen Aufwendungen für die eigentliche Außenpolitik der Fall sein. Aus diesem Grunde scheint mir die Verbesserung der Meinungsbildung im Lande eine weitere Voraussetzung einer außenpolitischen Aktivität zu sein.

Öffentliche Meinungsbildung

Regierungschef Dr. Alfred Hilbe charakterisierte die Situation, in der sich Liechtenstein in naher Zukunft befinden wird, folgendermaßen (St. Galler Tagblatt, 10. Februar 1971): «Die Regierung ist sich voll bewußt, daß die im Anschluß an die Gespräche aufzunehmenden Verhandlungen auch für unser Land das wirtschaftliche und politische Gedeihen der nächsten Jahrzehnte entscheidend mitbestimmen werden.» Ist dies auch die Meinung des Mannes von der Straße? An dieser Frage kommt man nicht vorbei. Die Komplexität des Problems verlangt eine umfassende Information, damit eine Meinungsbildung stattfinden kann. Große Entscheidungen werden mit Vorteil von mündigen Bürgern getroffen, mündig wird der Bürger durch Information. Sie ist die Voraussetzung für die Transparenz staatlicher Institutionen. Ein Staat aber, dessen Strukturen, Machtverhältnisse und Ziele für den Bürger durchschaubar sind, fördert naturgemäß das Maß der Identität dieses Bürgers mit seinem Staat.